

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 8482

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

# Gegen die diktatorlüsternen Feinde der Demokratie und Republik! Wählt Liste 2!

## Die Reichsregierung gegen Gesetz und Recht.

Das ist der Sinn des Urteils, das der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes in Sachen Preußen — Reich am 25. Oktober veröffentlicht hat. Die Papenregierung hat am 20. Juli 1932 bei ihrem Vorgehen gegen die Preußenregierung, die sie mit Gewalt beseitigte, gegen Gesetz und Recht verstoßen. Das Urteil sagt: Die Regierung Braun ist auch heute noch die einzige rechtmäßige Regierung Preußens. (Die Regierungsmitglieder haben auch bereits ihre Ämter wieder angekreuzt.)

Man erinnere sich an jenen Tag: Verhängung des Belagerungszustandes, Eingreifen der Reichswehr, Handgranaten als Beweismittel. Sind wir eigentlich ein Kulturvolk oder sind wir Hottentotten und Buschmänner? Und diese Reichsregierung hält sich nach dem Urteilspruch noch für fähig, das deutsche Volk zu regieren. Diese Regierung müßte sofort abtreten. Sie blamiert den Reichspräsidenten vor der ganzen Welt. Sie hat Hindenburg schon in der Frage der „aufbauwilligen Mörderkolonnen“ in eine peinliche Situation hineinmanövriert und erst recht durch den Streich vom 20. Juli. Eine Reichsregierung, die so belastet ist wie die Papenregierung, müßte fluchtartig das Feld räumen.

Papen, Schleicher, Warmbold, Großgrundbesitz, Militarismus, Großindustrie. So heißen die treibenden Kräfte vom

20. Juli. Aus diesen Kreisen kommt auch jetzt wieder der Ruf nach Staatsstreich, nach Verfassungsbruch. Die Papenregierung sollte es sich verbitten, daß man ihr von dieser Seite Verfassungsbruch zutraut.

Die Regierung hat nicht nur Hindenburg vor aller Welt bloßgestellt, sie hat auch die Reichswehr zu ungesetzlichen Handlungen verwendet. In welchem Kulturstaat ist es möglich, daß eine Regierung die andere mit Militär überfällt, statt sich über Streitfragen auseinanderzusetzen? Das Mittelalter mit seinem Raubrittertum haben wir doch hoffentlich hinter uns.

Nun hat Preußen zwei Regierungen. Die richtige und eine „kommissarische“. Will die zuletztgenannte nicht gehen? Man zeige uns in Europa, in Amerika, in Australien, in Asien oder Afrika noch einen solchen Fall! Oder heißt das „Deutschland in der Welt voran“?

Wir stellen nur noch fest: Die Preußenregierung ist mit tausendmal mehr Recht auf ihrem Platze als die Reichsregierung. Das soll lediglich die Feststellung einer Tatsache sein.

Sollen in Deutschland wieder geordnete Zustände eintreten, dann fort mit der Papenregierung, und deshalb

wählt Liste 2!

hat, und die ein Todfeind des Parlamentarismus, der Demokratie und der Republik ist.

Deshalb sagen wir:

„Wer sich in diesem Kampf hinter die Papen-Regierung stellt, ist ein Feind der deutschen Arbeitnehmer.“

## Ein schmutziges Geschäft.

Unter Papens Regierung stürzen sich „bürgerliche“ Schichten wie hungrige Wölfe an die Futterkrippe. Mit vollen Händen hat bisher schon diese Regierung Milliarden ausgestreut. Die Mittelständler stehen noch mit offenen Händen da, aber sie erhalten vorläufig nichts. Sie sind Stiefkinder. Es scheint, daß Vater Papen sich vorerst nicht mehr getraut, seinen „ungeratenen“ Kindern (Arbeitnehmer, Rentner, Erwerbslose) jetzt nochmals etwas abzuzapfen, um es den hungrigen Mittelständlern zu geben. Das ist gewiß bedauerlich, haben doch gerade die Mittelständler so viele „aufbauwillige“ Mörder und sonstige Verbrecher geliefert.

Desto besser können die großen Konkurrenten der mittelständischen Kleinmeister, unsere kapitalistischen Unternehmer, ernten, wo die kleinen Steuerzahler gefaßt haben. Sie erhalten Steuervergünstigungen und Einstellungsprämien, und dazu bekriegen sie noch die Lohnräuberei. Anders kann wohl die „freie Wirtschaft“ nicht mehr existieren als durch Bettel und Lohnraub?

In der Nr. 40 des „Proletariats“ brachten wir einen Artikel mit der Überschrift: „Ob sie sich schämen?“ Heute können wir feststellen, daß ein großer Teil der Unternehmer es doch unter seiner Würde hielt, Lohnabzug vorzunehmen. Sie haben dem Ruf Papens: „Bereichert Euch!“ nicht Rechnung getragen. Aber eine erhebliche Anzahl unserer Unternehmer hat das schmutzige Geschäft gemacht und aus der Not der Arbeiter und Arbeiterinnen Kapital gemünzt, indem sie den Lohnabzug von der 31. bis 40. Wochenstunde in ihr Danaidenfaß leitete. Wir werden diese Edlen nicht vergessen und eines Tages das Guthaben der Arbeiterschaft zurückfordern.

## Agitationserfolge im 3. Quartal.

In den nachfolgenden drei Gauen hat die Agitation gute Erfolge gebracht. Die nachfolgenden Zahlen sind ein Beweis dafür, daß Wille und Ausdauer vieles vermögen. Auf Grund dieser Zahlen können wir auch mit Recht sagen: Uns kann keiner — unterkriegen. Die Zahl der Neu- oder Wieder aufgenommenen beträgt:

Gau 1			
Bielefeld	7	Braunschweig	14
Celle	24	Desmold	43
Goslar	35	Gronau	36
Hannover	137	Hann.-Münden	35
Hildesheim	28	Minden	98
Hildesheim	34	Osnabrück	55
Hildesheim	27	Stadtholendorf	10
Zusammen im Gau 1: 583.			

Gau 8			
Blankenberg	33	Immenau	22
Blankenhain	11	Kahla	13
Eisenberg	37	Ragbitz	51
Erfurt	15	Merseburg	118
Gera	63	Sonneberg	20
Gräfenthal	13	Schleieringen	12
Heiligenstadt	4	Steinach	48
Zusammen im Gau 8: 468.			

Gau 9			
Arzberg	22	Rürnberg	77
Aischaffenburg	37	Oberhofen	2
Ebersdorf	3	Regensburg	49
Erlangen	4	Rehau	35
Fürth	33	Rothenburg	23
Fürth	32	Schwarzeneck	18
Hof	11	Schweinfurt	29
Kipfenberg	4	Selb	65
Konigsberg	10	Tirschenreuth	3
Lohr	1	Weiden	225
Marktredwitz	90	Wiesau	13
Mitterteich	27	Windsheim	18
Zusammen im Gau 9: 831.			

## Systeme, Marxismus, göttliche Ordnung.

Papen hat in München vor bayerischen Industriellen gesagt: „Von Systemen kann niemand satt werden.“ Darf man daraus den Schluß ziehen, daß die Regierung Papen nach keinem bestimmten System Politik macht? Oder soll das heißen, daß nach dem „System“ der Papenregierung Arbeiter und Rentner nicht satt werden?

„Der Marxismus habe planmäßig die Wirtschaft durch untragbare Lasten zertrümmert.“ Was ist Marxismus? Ist er eine Partei, mehrere Parteien? Oder gehören unter den Begriff „Marxismus“ alle jene deutschen Volksgenossen, die der „systemlosen“ Politik der Papenregierung keinen Geschmack abgewinnen können? Marxismus ist ein wissenschaftliches System des Denkens, der geschichtlichen Entwicklung, der Soziologie, der Wirtschaft und ist schließlich eine Weltanschauung. Dieses System kann überhaupt nichts tun. Es kann nur fähige Köpfe erobern.

Papen vertritt eine veraltete Weltanschauung, und er sagt deshalb:

„Das Wesenhafte jeder konservativen Weltanschauung ist ihre Verankerung in der göttlichen Ordnung der Dinge.“

Das wissen die bayerischen Industriellen sehr gut, was man unter göttlicher Weltordnung versteht, nämlich die Herrschaft der Kapitalisten und Junker. Schrankenlose Ausbeutung der Proleten, dazu Stockprügel — wie einst —, wenn's dem „Herrn“ gefällig, jeden Tag. Das war die göttliche Weltordnung. Junker und Kapitalisten sollen wieder Götter werden.

Wer diese „göttliche Weltordnung“ nicht will, der muß — soweit die Arbeitnehmer in Frage kommen — am 6. November sozialdemokratisch, also Liste 2, wählen!

## Staatsstreichler und Verfassungsbrecher.

Die Fahnenflüchtigen, die Konjunktursozialisten und sonstige „Helden“ des Geistes und der politischen Moral des Jahres 1918 fühlen sich wieder. Der ganze Schwarm von

Mitessern des arbeitenden deutschen Michels — die Prinzen und Fürsten — kommt wieder heran, um sich auf sein ausersehenes Opfer zu stürzen. Das feige Bürgerturn von 1918 bekommt wieder Mut und Scharwenzelt mit geschwollener Brust um seine „Herren“. Mit Freuden warten sie wieder darauf, den von Seiner Majestät wegwerfenen Zigarettenstummel aufheben und in den Mund stecken, also im wahren Sinne des Wortes „Speichel lecken“ zu können. Die mutigsten der Spießbürger werden bereits wild und drohen in Bierdampf mit Staatsstreich und Verfassungsbruch.

Was sollen wir im Eventualfalle tun?

Wenn unsere angestammten Landesväter mit Prinzen und Hofgeschmeiß wiederkommen sollten, um sich auf den wurmtischen Thron und auf ihr erlauchtes Haupt das außer Kurs gekommene Krönlein setzen sollten, so werden wir sie am besten mit Mottenpulver empfangen, gründlich einpulvern, vielleicht in ein Museum stecken und für Geld sehen lassen.

Und wer sich untersteht, die Verfassung zu brechen, der muß in Sicherheit gebracht werden. Wir hoffen, daß die Reichswehr hierbei behilflich sein wird wie am 20. Juli, auch als es galt, Braun, Severing, Orzeszinski usw. mit Handgranatengeist zu überwältigen, denn daß die Reichswehr die Verfassung mit Schüssen wird, nachdem sie schon einmal hohe Politik gemacht hat, ist ja außer allem Zweifel.

Also wer die Verfassung bricht, muß ins Riffchen, einerlei, wer er ist und wie er heißt.

## Wer sich hinter Papen stellt . . . .

Bekanntlich hat der von Hindenburg eingesetzte, vom Volk abgelehnte Reichskanzler Papen in seiner Münchener Rede am 12. Oktober vor den bürgerlichen Industriellen erklärt:

„Wer sich in diesem Kampf nicht eindeutig und geschlossen hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes.“

Ganz abgesehen davon, daß ein einzelner deutscher Staatsbürger sich nicht geschlossen hinter die Regierung stellen kann, müßte also Papen der Arbeitnehmerschaft zu sich hinter die Regierung zu stellen, die deren Vertreter mit Handgranaten beseitigt, die Tarifverträge zerschlägt, den Junkern und Unternehmern milliardweise schenkt, was sie den Arbeitern, den Arbeitslosen und Rentnern genommen

# Gegen die Staatsstreichler und Verfassungsbrecher! Wählt sozialdemokratisch, Liste 2!

### Fort

mit der Papenregierung, die wie angepöppelt sitzen bleibt, trotzdem ihr der Reichstag mit überwältigender Majorität das Mißtrauen ausgesprochen hat, und trotzdem sie vor dem Staatsgerichtshof eine Niederlage erlitten hat. Diese Regierung besitzt nur das Vertrauen Hindenburgs und einer kleinen Junkerkaste nebst Schwerindustriellen, die glänzende Geschäfte machen wollen. Fort

### mit

dieser Regierung, deren Mitglieder aus denselben Schichten bestehen, die uns 1914 den Weltkrieg beschert haben! Diese volksfremde, vom Volk isolierte, von Hindenburg eingesehete Regierung will los von Republik und Demokratie, sie will, daß

### der

Junker und der Kapitalist wieder herrschen. Eine kleine brutale Gruppe der Junker und Kapitalisten erhält die den Rentnern, Kranken und Arbeitern abgeknöpften Milliarden, dazu zerschlägt diese Regierung unseren ganzen Außenhandel. Sind das die von Papen erwähnten

### kultur bolschewistischen

Taten? Oder sind es kultur bolschewistische Taten, wenn die Reichsregierung förmlich mit aufgekrempten Hemdsärmeln alle vernünftigen Staats- und Verwaltungsbeamten herauschmeißt unter Zuhilfenahme der Reichswehr? Soll Deutschland nicht zu einem sozialpolitischen, wirtschaftlichen und politischen Trümmersfeld werden, dann wählt sozialdemokratisch, denn das heißt: Fort mit dieser

### Regierung!

### Reichstag und Lohntüte.

Die sozialen Kämpfe werden entscheidend beeinflusst von der Stärke der politischen Vertretung der Arbeiterschaft. Das beweisen die folgenden paar Zahlen:

Ein Facharbeiter erhielt im Reichsdurchschnitt	an tariflichem Stundenlohn		an Arbeitslosenunterstützung	
	1924	1929	1924	1929
	70 Pf.	103 Pf.	etwa 6 Mk. je Woche	etwa 20 Mk. je Woche
	80 Pf.		etwa 9 Mk. je Woche	

Im Deutschen Reichstag saßen	SPD-Abgeordnete			KPD-Abgeordnete			NSDAP-Abgeordnete		
	1924	1929	1932	1924	1929	1932	1924	1929	1932
	100	153	133	62	54	89	32	12	230

Mit wachsenden Nazimandaten fiel der Lohn und die Arbeitslosenunterstützung. Das Unternehmertum hat die Schwächung der Sozialdemokratie und das Ansteigen der Nationalsozialisten im Reichstag gut zu nutzen verstanden. Stärkt deshalb den Einfluß der Sozialdemokratie im Reichstag durch Wahl der Liste 2!

### Kein Mangel an deutschen Eiern.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat, die wirtschaftspolitische Spitzenvertretung der Deutschen Landwirtschaftskammer, die unter Führung der Großagrarier steht, hat einen allernuesten Kontingentsstarrt ausgearbeitet, nach dem so ziemlich jede notwendige Zufuhr an Lebensmitteln und sonstigen agrarischen Produkten verhindert werden soll. Die Großagrarier sind gründlich und konsequent. In dem zeitgeschichtlichen Dokument des Landwirtschaftsrats, das für die Papen-Regierung der Ausgangspunkt ihres Kontingentswahnsinns war, heißt es wörtlich:

„Die Einfuhr von Eiern ist unbedeutend, der Bedarf an Eiern kann in Deutschland aus eigener Produktion gedeckt werden.“

Der letzte Satz wirkt überzeugend, denn wo sollte denn die nationalsozialistische Bewegung herkommen, wenn es anders wäre?

### Wahlwindel und grobe Fälschungen der Kommunisten über den Betriebsrat des Lennawerkes!

Von J. Walter, Betriebsratsvorsitzender, Lennawerk.  
Der heilige „Klassenkampf“ Nr. 247 vom 25. Oktober 1932 brachte ein jägerisches Rundschreiben der Lennadirektion zum Abdruck. In dem von Verleumdungen brohenden Artikel wird behauptet, daß der in Faktum liegende Arbeiterbetriebsrat das Original darstelle. Der Schwundel lautet:

Lennawerk, den 18. Oktober 1932.  
Abteilung für Arbeitsangelegenheiten.  
Rundschreiben!  
An sämtliche Herren Betriebsräte.  
Streng vertraulich! Neuerdings mehren sich die Fälle, daß in einzelnen Betrieben kommunistisch eingestellte Werksangehörige Wahlpropaganda treiben. Nach Mitteilung unseres Herrn Ratsherrn und des Betriebsratsvorsitzenden Walter ist das besonders in den Betrieben Nr. 24 u. 175 festzustellen. Wir bitten, Verdächtige unverzüglich wegen Arbeitsmangels zur Entlassung zu drängen. Bei eventuellen Kennzeichnungen ist streng zu prüfen, daß derartige Elemente nicht angefordert werden.

Die Direktion.  
Dieses Rundschreiben ist nach den Erklärungen der Direktion gegenüber dem Betriebsrat und dem Arbeiterausschuss eine Fälschung. Die Firma hat dem Betriebsrat schriftlich zur Kenntnisnahme ein diesbezügliches Berichtsgeschreiben an die „Klassenkampf“-Redaktion zugestellt.

Sehr dumm ist die Behauptung, daß die kommunistische Propaganda gerade in den Betrieben 24 und 175 vorgekommen sei. Der Bet. 24 ist das große

Verwaltungsgebäude. Dort sitzen etwa 500 kaufmännische Angestellte. Keiner dieser Angestellten würde sich zur Agitation für die Kommunisten hergeben oder sich von irgend jemand etwas aufstecken lassen, ohne die Person nicht sofort dem Arbeitgeber zu melden. Ebenso verhält es sich mit dem Bau 175. Darin ist die wissenschaftliche Materialprüfung. Dort sitzen fast ausschließlich Akademiker, die mehr als alle anderen den Rechtskreisen zuzählen sind.  
Freilich wollten die NSD.-Leute des Lennawerkes eben nur erreichen, die Partei und die Gewerkschaftler zu treffen. Wegen der für diese Verleumdungen Verantwortlichen ist Strafantrag gestellt. Die deutsche Arbeiterschaft sollte durch diese Wahlbombe aus dem Lennawerk vernebelt werden. Jeder kommunistische Arbeiter mußte in Erkennung dieser Schmutzigkeit solchen Heiden den Laufpaß geben. Wer diese kommunistischen Lumpereien verabscheut, der wähle am 6. November sozialdemokratisch, also Liste 2!

### Der Wohlfahrtsstaat für Agrarier.

Was hat die Landwirtschaft bisher an Begünstigungen während der Agrarkrise und für ihre Erleichterung erhalten?

Vor der Papen-Regierung:  
Getreidezölle, Zölle auf Zucker und andere Produkte, Verarbeitungs-Verwendungszwang, Magazinierung von Roggen usw. mit der Wirkung, daß die Preisentwicklung für Getreide und für Zucker von den Weltmarktpreisen abgehängt wurde, daß die Preise für diese Nahrungsmittel ein Vielfaches der Weltmarktpreise betragen und daß sich die Preise für pflanzliche Nahrungsmittel während der Zeit des allgemeinen Preisrückgangs stark erhöhen konnten, so daß sie jetzt erheblich über dem Vorkriegsstand stehen. Für Vieh und Vieherzeugnisse war dieser Erfolg nicht möglich, zum Teil wegen der handelsvertraglichen Zollbindungen, zum größeren Teil wegen der Schrumpfung der Massenkaufkraft und der Absatzschwierigkeiten aus diesem Grunde während der Krise;

in der Osthilfeaktion wurde zugunsten der ostelbischen Landwirtschaft eine weitgehende Entschuldungsaktion durchgeführt; Senkung von Zinsen, Streichung von Zinsrückständen, Ermäßigung der Kapitalschuld, Vollstreckungsschutz;

in der Dezember-Notverordnung im Rahmen der Herabsetzung der Zinsen für langfristige Anleihen eine wesentliche Zinsenkung, die die durchschnittliche Zinslast der Landwirtschaft von 8,7 auf 7,2 Prozent herunterbrachte.

Von der Papen-Regierung:  
Steuernachlässe in Höhe von 160 Millionen Mark durch Steuerfischeine; Lohnzuschüsse bei Neueinstellungen; Möglichkeiten zur Senkung der Tariflöhne;

Kontingentierung der Einfuhr für eine große Anzahl wichtiger landwirtschaftlicher Produkte zur Fernhaltung der Einfuhr;

Zinsenkung für sämtliche landwirtschaftlichen Hypothekenschuldner, ohne Rücksichtnahme auf deren unterschiedliche Wirtschaftslage zwei Jahre hindurch um je 2 Prozent;

Vollstreckungsschutz, u. a. auch in dem Fall, wenn die Nichtzahlung darin ihren Grund hat, daß die Preise der Produkte, auf deren Erzeugung der Betrieb überwiegend gerichtet ist, hinter dem Stand der Preise seit 1930 außerordentlich zurückgeblieben sind;

Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in den vergangenen Jahren bereits Dutzende von Millionen für Sanierungszwecke aus Reichsgeldern verschlungen, damit diese den Zins für persönliche Kredite an Landwirte herabsenken können. Auf Kosten der Steuerzahler wird zu diesem Zweck die faktische Summe von 200 bis 250 Millionen Mark vorgesehen.

Finanzierung der Ausfälle eines Teiles der landwirtschaftlichen Realkreditanstalten, deren Einnahmen durch die Zinsenkung für landwirtschaftliche Hypotheken geschmälert werden. Fortsetzung, wie vom Reichsernährungsminister angekündigt, folgt.

Und alles, wohlgemerkt, ohne Bedürftigkeitsprüfung!

### Frauenfragen.

### Die deutsche Reaktion.

Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag wurden am 14. Oktober die öffentlichen Verhandlungen über die

Auslegung des Washingtoner Abkommens von 1919 über die Nachtarbeit von Frauen geführt.

Ein Vertreter der englischen Regierung erklärte, der Wortlaut des Artikels 3 des Washingtoner Abkommens lasse keinen Zweifel darüber, daß alle Frauen, die in industriellen Unternehmungen tätig seien, von seinen Bestimmungen betroffen würden.

Dagegen betonte der deutsche Vertreter, Geheimrat Dr. Feig vom Reichsarbeitsministerium, daß man nach Artikel 3 nur den Schutz der Handarbeit verstehen könne, während es unmöglich sei, weibliche Kopfarbeiterinnen, beispielsweise weiblichen Chemikern, Ingenieuren, Architekten usw., die Verrichtung von Nachtarbeit verbieten zu wollen.

Die deutsche Regierung sei auch der Auffassung, daß das Verbot der Nachtarbeit nicht für Frauen, die wirtschaftliche oder Büroarbeiten (!) verrichteten, gelte.

Im Gegensatz zu der deutschen Regierungsauffassung gab ein Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Verbandes der christlichen Gewerkschaften die Erklärung ab, daß ihrer Ansicht nach alle Frauen, die im Dienste industrieller Unternehmungen ständen, unter die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens fielen.

Die Entscheidung des Gerichtshofes wird bis Mitte November bekanntgegeben werden.

### Jugendbewegung.

### Die Fortführung der Jugendarbeit.

Allseitig wird in den Gewerkschaften mit Mißbehagen die verhältnismäßig geringe Beteiligung der jungen Generation an gewerkschaftlichen Veranstaltungen vermerkt. Die den Jugendabteilungen erwachsenen Kollegen bekümmern sich zum größten Teil nicht um gewerkschaftliche Angelegenheiten. Besonders deutlich wird das, wenn die Altersgliederung der Gewerkschaften betrachtet wird. Im Verhältnis zu ihrer Zahl sind die jungen Kollegen nur gering an Veranstaltungen und Funktionen ihrer Gewerkschaften beteiligt.

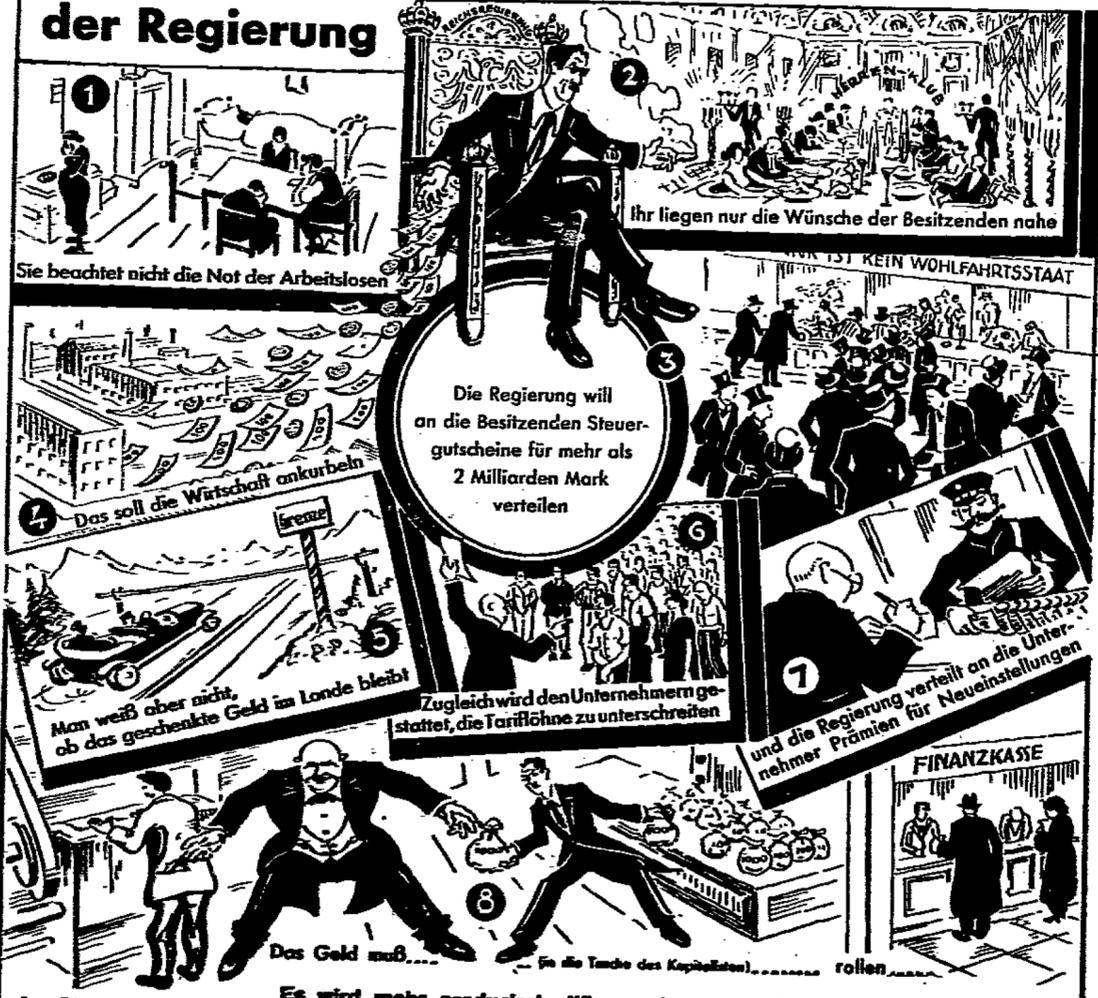
Welches sind die Gründe für eine geringe Beteiligung dieser Altersschicht? Hat erstens gewerkschaftliche Arbeit keinen Reiz für junge Menschen? Sind zweitens gewerkschaftliche Ziele nicht einträglich genug, um sich für sie einzusetzen? Hat drittens die Krise mit ihren Auswirkungen die junge Generation in ihrer Haltung zur Gewerkschaft beeinflusst?

1. In einer politisch bewegten Zeit und in der Wirtschaftskrise erscheint gewerkschaftliche Tätigkeit trocken und ohne stark fühlbare Auswirkung. Politische Demonstrationen wirken mit ihrem Drum und Dran dagegen eindringlich, und politische Reden scheinen in ihrem Inhalt erst recht wahre Aktivität anzudeuten. Es waren nicht nur junge Menschen, die sich von den politischen Wellen der vergangenen Jahre forttragen ließen, aber es waren viele junge Menschen und auch viele Gewerkschafter dabei, die sonst entsprechend ihrer Veranlagung „trockene“ Gewerkschaftsarbeit leisten würden. Sie stehen heute in der politischen Front.

2. Das Ziel gewerkschaftlicher Tätigkeit ist jetzt für die Öffentlichkeit nicht eindeutig umrissen. Zwar besteht es nach wie vor für alle in dem Grundlag: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Form aber, in der solche Verbesserungen geschehen, gibt — allgemein gesehen — zu Mißverständnissen Anlaß. Gemeinhin mißt man den Erfolg gewerkschaftlicher Tätigkeit an Tarifverträgen. Was geht heute an ihnen zu messen? Sie sichern zwar der organisierten Arbeiterschaft Rechte. Werden jedoch die reichen Erfolge, die im Abschluß der Tarifverträge auch heute noch liegen, gewertet? Denkt man nicht und muß man nicht auch an neue Wege zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen denken? Die junge Generation denkt recht stark daran. Sie glaubt, es müsse sich ein weiterer Weg finden lassen, der die Lage im Augenblick verbessern hilft und der auch zukunftsweisend zur sozialistischen Wirtschaftsordnung ist. Die Verströmunen auf das Dritte Reich helfen nicht. Auch die Kommunisten weisen den Weg nicht. Die Gewerkschaften werden ihn weisen müssen.

3. Unter den Arbeitslosen befinden sich in einem großen Maße junge Menschen. Sie finden zum Teil beim Verlassen der Volkshochschule keine Arbeit, kommen in keine Lehrstelle, manche haben Gelegenheitsarbeit, andere werden schon während der Lehre oder gleich nach der Beendigung der Lehrzeit auf die Straße gesetzt. Sie sind mit dem Beruf nicht verbunden, haben die Solidarität der Arbeitsgenossen untereinander nie zu spüren bekommen, erleben auch nie die Solidarität eines Streiks, können also, genau genommen, innerlich nicht Gewerkschafter sein. Was in den Jugendgruppen gewerkschaftlich gelernt werden kann, ist zwar gelernt, aber es ist nicht erlebt. Gelerntes weiß man, aber doch

### Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung



Es wird mehr produziert. Wie werden aber die Waren abgesetzt, wenn der Staat bei den Arbeitern ebensoviel wegnimmt, wie er an die Besitzenden verschenkt? Durch den neuen Lohnabbau bereitet die Regierung den Misserfolg ihres Wirtschaftsprogramms selbst vor.

Ist jeder geneigt, beim Erleben stärkerer Eindrücke — und zweifellos ist die heutige Zeit an wirtschaftlichen und politischen Erlebnissen reich — das Gelernte mißtraulich zu betrachten und gelegentlich auch über Bord zu werfen. Das Leben ist jedenfalls stärker als Gelerntes. Das Gewerkschaftertum ist aber von der jungen Generation bisher nicht erlebt worden.

Um nun die junge Generation mit der Gewerkschaftsbewegung enger zu verbinden, ist notwendig, zu erkennen, was sie heute von einer bereits aufgebauten Bewegung trennt. Nicht schlechter Wille ist es, der das Trennende bewirkt, es sind augenblickliche Zustände, die allerdings durch verständnisvolle Maßnahmen in ihrer Auswirkung gemildert und sogar beseitigt werden können.

Zunächst ist die gewerkschaftliche Arbeit ihrer angeblich trockenen Art zu entkleiden. Was geschieht am besten durch die Aufgliederung der Funktionen in möglichst viele Hände. Hierdurch wird die Art der gewerkschaftlichen Arbeit vielgestaltiger, denn Funktionstätigkeit, ausgeübt von vielen, ist nicht schablonenhaft. Jeder einzelne muß hinter die Funktion seine Persönlichkeit stellen, um sich zu bewähren. Je vielgestaltiger aber das Wirken junger und alter Funktionäre wird, um so lebendiger ist das Ganze. Wir werden dann nicht nur Apparat sein, sondern Bewegung. Und das tut uns not.

Und dann müssen wir auch die Auswirkungen der Krise, von denen die junge Generation besonders hart betroffen ist, zu mildern suchen. Mehr noch als bisher haben die Gewerkschaften ihre Kräfte für die Zusammenfassung erwerbsloser Jugendlicher zu Kurzen einzusetzen, sind die Kurze der Arbeitsämter zu fördern, Hilfsmaßnahmen durch Speisung durchzuführen und Aufklärung und Heranziehung der aktiven jungen Kräfte in besonderen Arbeitsgemeinschaften zur Mitarbeit in den Gewerkschaften durchzuführen. Außerdem ist auch der Jugend ein Recht auf Arbeit zuzugestehen. Sie muß mit der Arbeit vertraut werden, wenn sie Solidarität der Arbeiter untereinander und gewerkschaftlichen Geist allgemein kennenlernen soll, sie muß in Arbeit kommen, wenn sie sich überhaupt als Glied der Gesellschaft, als Arbeiter und als Gewerkschafter zu fühlen hat.

Lassen wir diese Zusammenhänge Allgemeingut bei uns werden, so werden die jungen Kollegen auch wieder ihren Platz in der Gewerkschaft finden. Sie, die sich heute durch die Art gewerkschaftlicher Tätigkeit nicht angezogen fühlen, die das Ziel der Gewerkschaften nicht deutlich umrissen vor sich sehen, die von der Arbeit im Beruf zum größten Teil ausgeschlossen sind und das Gewerkschaftertum nicht erleben können, werden es als erstrebenswert sehen, zur Bewegung zu kommen und ihre Kräfte für das Ganze einzusetzen.

Dann wird das gewerkschaftliche Ziel „Umbau der Wirtschaft“ herauszustellen sein. Das Programm ist ein Schritt vorwärts, um für die Gegenwart Verbesserungen zu sichern, und es kann ein Meilenstein auf dem Wege zur sozialistischen Wirtschaft sein. Vor allem darf aber der „Umbau der Wirtschaft“ nicht nur eine Angelegenheit der oberen Gewerkschafts- und Staatsinstanzen sein. So, wie der Betriebsrat im Betrieb für arbeitsrechtliche Angelegenheiten eingegliedert ist, muß der künftige Wirtschaftsrat im Betrieb seinen Platz haben. Dieser „Umbau der Wirtschaft“ muß ein wirkliches Umbauen der Funktionen der Arbeiterschaft im Betriebe zur Folge haben, jeder einzelne muß sich daran beteiligen, jeder einzelne muß mitwirken können, um wie bisher bei arbeitsrechtlichen Angelegenheiten nunmehr auch an wirtschaftlichen Fragen Anteil zu haben. Dieser „Umbau der Wirtschaft“ sichert bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, und er ist über den Tarifvertrag hinaus ein Mittel für die Durchführung dieser Verbesserungen. Darum muß er als gewerkschaftliches Ziel und als gewerkschaftliches Mittel herausgestellt sein.

### Chemische Industrie

#### Merckblatt über Händereinigung.

In der Leersfarbenindustrie müssen die Arbeiter beim Händereinigen stark reizende Mittel anwenden. Dadurch entstehen Hautausschläge und Schweißhände. Zur Aufhebung und Beseitigung dieser Mißstände beantragten wir bei der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene eine genaue Untersuchung der in Anwendung kommenden Reinigungsmittel und Herausgabe eines Merckblattes. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hat in Verbindung mit dem Reichsgesund-

heitsamt diese Arbeit in Angriff genommen und die dabei gemachten Erfahrungen im folgenden Merckblatt festgelegt:

#### Merckblatt über Händereinigung bei der Herstellung und Verwendung von Farben.

Herausgegeben vom Reichsgesundheitsamt und der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die Gesunderhaltung der Haut ist für jeden Arbeiter ein dringendes Gebot der Gesundheitspflege. Gewerbliche Hauterkrankungen haben häufig langdauernde Arbeitsunfähigkeit zur Folge und können zur Aufgabe des erlernten Berufs zwingen. Solche Erkrankungen werden aber nicht nur durch manche Arbeitsstoffe verursacht, sondern sehr oft durch die gewohnheitsmäßige Benutzung ungeeigneter Reinigungsmittel.

Zur Verhütung von Hauterkrankungen ist daher die Art der Händereinigung und die richtige Wahl und Anwendung von Entfärbungsmitteln von größter Bedeutung. Das weniger schädliche Verfahren, dessen Anwendung mehr Zeit beansprucht, verdient unbedingt den Vorzug vor dem rasch wirkenden, das stets die Haut stärker angreift.

Die Reinigung der Hände kann auch bei Anfärbung und Beschmutzung mit Farbstoffen und Anstrichmitteln meist ohne Zubehilfenahme hausschädigender chemischer Mittel durch Bearbeitung mit warmem Wasser, Seife und Handbürste erreicht werden. Sehr bewährt haben sich Marmor- und Bimssteinseifen oder die gleichzeitige Verwendung von gewöhnlicher Seife und Bimssteinpulver, Sand oder auch Sägemehl.

Nur wenn diese Reinigung nicht zum Ziele führt, sollte zur Verwendung starker wirkender, die Haut angreifender Entfärbungs- und Lösungsmittel geschritten werden. Diese sind stets in Form gebrauchsfertiger Lösungen bereitzustellen und unter Kontrolle der Betriebsleitung und nicht nach dem Belieben der einzelnen Arbeiter anzuwenden.

Ausschließlich zur Beseitigung von Anfärbungen durch organische Farbstoffe dient Chlorkalk; er darf wegen seiner stark schädlichen Wirkung auf die Haut und die Schleimhäute nicht in fester Substanz verwendet werden, sondern nur mit Soda oder mit Soda und Schlämmeerde (Chlorkalk und Soda zu gleichen Teilen oder Chlorkalk zwei Teile, Soda ein Teil und Schlämmeerde vier Teile) zu Brei angerührt, der alsdann mit Wasser bis zu eben ausreichender Entfärbungswirkung verdünnt werden muß. Auch die Oxewesche Chlorkalauge (63 Gramm unterchlorsaures Natrium, 5,0 Gramm Kochsalz, 15 Gramm Ignatron auf ein Liter Wasser), namentlich als Entfärbungsmittel für saure Farbstoffe geeignet, sollte nur nach Abstumpfung mit Salzsäure (vier Teile auf hundert Teile Chlorkalauge) und in starker, drei- bis vierfacher Verdünnung angewendet werden.

Nach Benutzung von Chlorkalk und Chlorkalauge ist kurzes Einweichen der Hände in eine zehnprozentige Bisulfitslösung und gründliches Nachspülen mit Wasser erforderlich.

Zur Entfernung festhaftender Stoffe, wie angetrockneter Lacke, Harze usw., ist eine kurzdauernde Behandlung mit geeigneten Lösungsmitteln, wie Benzin, Terpentinöl, Spiritus, Essigäther, vor der gründlichen Reinigung mit Seife und Wasser nicht immer zu umgehen. Wegen der schädlichen Wirkung auf die Haut ist von diesen Mitteln nur sparsamster Gebrauch zu machen.

Zur Vorbeugung ist es ratsam, nach der Benutzung von Entfärbungs- und Lösungsmitteln die Haut regelmäßig mit geeigneter Salbe (Canolin) oder Glycerin einzufetten. Eine geschmeidige Haut ist stets leichter zu reinigen als eine spröde und rissige. Auch die Benutzung von Handschuhen und das Einpudern der Hände mit Talkum vor der Arbeit können angreifende Reinigungsverfahren überflüssig machen.

Jede Entzündung oder Erkrankung der Haut ist alsbald ärztlicher Behandlung zuzuführen.

Menschen mit besonders empfindlicher Haut sollten Arbeiten und Berufen, bei denen eine starke Beschmutzung der Hände mit Farben und dergl. unvermeidbar ist, ferngehalten werden. Es ist aber zu beachten, daß bei gewohnheitsmäßiger Verwendung von Entfärbungs- und Reinigungsmitteln oft erst nach Wochen und Monaten eine zur Erkrankung führende Überempfindlichkeit entsteht.

Dieses Merckblatt sollte in den Betrieben weitestverbreitet werden. Es ist anzunehmen, daß die Unternehmer daselbe an die in Betracht kommenden Arbeiter verteilen. Wer sich vor Schaden schützen will, hat die Vorschriften genau zu beachten. G. Haupt.

### Kommunismus

heißt brutale Diktatur, Mißachtung des Menschen und der Menschenrechte. Die Brutalität des Kommunismus zeigt sich täglich in der kommunistischen Presse. Für die KPD. gibt es nur einen Feind, die Sozialdemokratie, deshalb ist die KPD. auch am 9. August 1931 gegen die preussische Regierung Braun-Severing zum Volksentscheid gegangen im Interesse des arbeitserfreundlichen

### Nationalsozialismus

d. h. KPD. und Nationalsozialisten wollten damals gemeinsam die genannte Regierung stürzen. Dadurch hat die KPD. die Reaktion ermutigt. Und als am 20. Juli 1932 die Regierung Papen die preussische Regierung gewaltsam entfernen ließ, da wollte die KPD. wegen der Erfüllung ihres Wunsches mit der SPD. den politischen Massenstreik ausrufen. Sind solche Politiker geistig normal

### oder

nicht? Diese Frage wollen wir offenlassen. Jedenfalls: KPD. und Nazis, die Vertreter der rohen Gewalt, der Diktatur, haben jetzt die Diktatur, aber die der Junker und Kapitalisten. Wer ein Feind der Roheit und der Unfreiheit ist, der wähle am 6. November Litzke! Damit: ein für Freiheit, Menschenrecht, für den völkerbefreienden

### Sozialismus!

#### In der „Conti“ getötet.

In der Continental, Werk Hannover, Vahrenwalder Straße, ereignete sich am 24. Oktober, vormittags 10 Uhr, ein schrecklicher Unglücksfall. Von einem in der Wringerabteilung aufgestellten Vulkanisierkessel flog mit etwa drei Atmosphären Druck der Verschlussdeckel zwei Arbeitskolleginnen an den Kopf. Die beiden Betroffenen sind Kolleginnen. Dora Kassel, 20 1/2 Jahre alt, und Helene Riestau, 17 Jahre alt. Die eine der beiden Kolleginnen war sofort tot, bei der anderen war die Verletzung so schwer, daß der Tod nach etwa 10 Minuten eintrat.

Dieser Vulkanisierkessel hat einen Patentverschluß, den sogenannten „Limmerschen Verschluß“, ohne Schrauben und Muttern.

Ob an diesem Unglücksfall irgend jemand die Schuld trifft, muß die Untersuchung ergeben. Zwei brave, treue Kolleginnen sind in der Blüte ihres Lebens dahingerafft. Sie sind ein Stück von uns. Furchtbar ist in solchen Fällen der Schmerz für die Hinterbliebenen.

### Papier-Industrie

#### Kapitalistische Planwirtschaft.

Die Produktionseinschränkung durch Übergang zur Fünftagearbeitswoche (auf Beschluß des Vereins Deutscher Papierfabrikanten) ist durchgeführt, so frohlockt der „Papierfabrikant“ in seiner Nr. 42. Die einzelnen Fachgruppen der Papiererzeugungsindustrie besaßen sich bereits nach derselben Meldung mit „neuen Sanierungsmaßnahmen“.

Von den verschiedenen Fachgruppen der Papiererzeugungsindustrie werden Kollektiv-Vereinbarungen angestrebt, die den Zweck haben, nicht nur eine künftige Regelung der Papierpreise herbeizuführen, sondern auch Produktion und Absatz mit Hilfe strenger Konventionen zu kontingentieren. Es wird darauf hingewiesen, daß für die Fachgruppe Pergament-erzählpapier die Quotenkonvention bereits geschaffen wurde und daß bei den Konventionen für Zellulose- und Packpapier derartige Abmachungen vor dem Abschluß stehen. Vorgesehen ist schärfste Kontrolle der Quoteneinheiten und der an die einzelnen Mitgliedsbetriebe zu verteilenden Quoten-hundertfachte.

Mit anderen Worten: Es soll in der Papiererzeugungsindustrie nicht nur eine stärkere Bindung und damit Erhöhung der Kartellpreise, sondern auch eine voranschreitend dauernde Produktions- und damit Arbeitszeiteinschränkung Platz greifen.

Obwohl diese Maßnahmen weder zur Erhöhung der Produktion noch zur Erweiterung des Absatzes in Sinne der Papen-Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft und Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit führen, nehmen die einzelnen Unternehmer nicht nur die Papen-Steuerergänze freudig entgegen, sondern machen auch von den Lohnabbaumöglichkeiten durch die Notverordnung lebhaften Gebrauch. Daß dabei der Sinn der Papen-Notverordnung in das Gegenteil umgebogen wird, föhrt wenig.

Professor Dr. Goetz-Briefs sah in seinem Artikel „Arbeitsbeschaffung durch Notverordnung“ in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Wege zur Arbeit“ bereits voraus. Er schrieb da u. a.:

„Es bleibt also für die Industrie nur der Ausweg, daß sie selbst die Voraussetzungen für eine Produktions- und Absatz-erweiterung schafft. Durch die Auflockerung des Tarifwesens und durch die Gewährung von Prämien für Neueinstellung wird ihr von der Seite der Lohnkosten her auch tatsächlich hierzu eine Chance eröffnet. Ob freilich von der Möglichkeit einer solchen Absatz-erweiterung Gebrauch gemacht wird, bleibt angesichts der herkömmlichen Preispolitik der kartellierten deutschen Unternehmungen zunächst fraglich. Man wird abwarten müssen. Die bisherige Haltung der Regierung in der Frage der Kartellpreise und der Industriezölle gibt dem Unternehmer kaum genügend Nachdruck zu einer wirklichen Preislenkung.“

Werden schon durch die Kartellmaßnahmen der Papiererzeugungsindustrie die angeblich gewollten Auswirkungen der Papen-Notverordnung verhindert, so nehmen die Unternehmer der Papiererzeugungsindustrie für sich wenigstens noch in

## Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften

In Deutschland sind über 7 Millionen Arbeitswillige ohne Beschäftigung

Der Anstieg an Kaufkraft der Arbeitslosen vermindert den Absatz des Handels ...

Mit dem Aufwand von 2 Milliarden Mark müssen 1 Million Menschen mit zusätzlichen nützlichen öffentlichen Aufträgen beschäftigt werden

und läßt die Fabriken ohne Aufträge

Es entsteht eine zusätzliche Kaufkraft

Die Fabriken erhalten mehr Aufträge

Die neu geschaffenen Werte verbleiben dem Staat. Arbeitslosen-Unterstützung wird gespart. Die Steuer-Einnahmen steigen. Die Kosten für die Arbeitsbeschaffung werden somit zum größten Teil gedeckt.

Neue Arbeitskräfte werden eingestellt

ADGB  
AFA-BUND

Anspruch, die Reichsregierung für ihre Steuer- und Lohn-geschenke kräftig zu verhöhen. In der Nr. 37 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ lassen sie den Steuersyndikus Dr. jur. Dr. rer. pol. Bränner unter der Überschrift „Der Steueranrechnungsschein als Steuererleichterung“ u. a. schreiben:

„Von einem Darlehen der Steuerzahler an das Reich, wie es seitens des Reichskanzlers geschah, kann man sprechen, wenn man davon ausgeht, daß eigentlich die Umsatz- usw. Steuern zu senken waren, so daß der Steuerpflichtige einen Anspruch auf Rückzahlung eines Teils der gezahlten Steuerbeträge hat. Hierfür findet ihn das Reich mit den ausgegebenen Steueranrechnungsscheinen ab. Das Reich erkennt gewissermaßen das Recht des Steuerzahlers auf Senkung der produktionshemmenden Steuern an und befriedigt diesen Anspruch durch die Aushändigung der Steueranrechnungsscheine, die insofern Darlehen der Steuerzahler an das Reich darstellen.“

Diese juristische Auslegung der Papen-Notverordnung ist glänzend. Aus Steuer- und Lohngeschenken der Reichsregierung werden Darlehen der Unternehmer und doch wohl auch der Arbeiter an die Reichsregierung. Diese juristische Kühnheit weitergetrieben, berechtigt natürlich die Unternehmer, diese „Darlehen“ nochmals in der gleichen Höhe von der Reichsregierung zurückzufordern; denn Darlehen sind rückzahlungsspflichtig und doppelt genährt hält besser. Daß den Arbeitern diese „Darlehen“, die sie ja nicht der Regierung selbst, sondern auf deren Veranlassung dem Unternehmertum durch den Zwangslohnabbau machen mußten, nicht zurück-erstattet werden, ist selbstverständlich, denn erstens ist die Reichsregierung nicht ihr Darlehensschuldner und zweitens ist bei dem seit 1918 von seiner Substanz lebenden Unternehmertum nichts zu holen.

Diese Verhöhung der Opferfreudigkeit der Reichsregierung durch ihre Nutznießer, die Unternehmer, ist zwar nicht besonders schön, aber anscheinend ganz berechtigt.

Die Arbeiter werden also in mehrfacher Hinsicht die Be-trogenen sein. Durch die Unternehmerpraktiken, besonders in der Papiererzeugungsindustrie, wird Produktion und Absatz nicht gehoben, sondern gedrosselt, also für die Arbeiterschaft erhöhte Arbeitslosigkeit geschaffen. Die Steuererleichterungen an die Industrie werden später zurückgezahlt werden müssen, um die heute sanierungsunfähige Reichsfinanzkasse wieder etwas aufzufüllen, wobei der Arbeiterschaft das Vergnügen bleiben wird, durch erhöhte Steuern — ob direkte oder indirekte Steuern, bleibt gleichgültig — dazu beizutragen. Die Arbeiterschaft hat deshalb wirklich alle Ursache, durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Verbände den Widerstand gegen solche Wirtschaftspolitik und zur Erhaltung ihrer Existenzfähigkeit zu organisieren.

**Gefindel.**

Der Besitzer der Papierfabrik Marsmann in Wismar beantragte die Betriebsstilllegung seiner Fabrik zum 1. November 1932. Gründe: Unrentabilität des Werkes durch zu hohe Unkosten. Steuern, soziale Lasten, zu geringe Papierpreise.

Seinem Betriebsrat machte er den Vorschlag, die Produktion anrechtzuerhalten und den Antrag auf Betriebsstilllegung zurück-zuziehen unter den folgenden Bedingungen:

1. wenn die Belegschaft mit einer Veretzung von Ortslohn-klasse III nach IV einverstanden ist;
2. die Wiedereinstellung und Zahlung der alten Löhne erfolgt, wenn die von den Unternehmerverbänden eingeleiteten Preis- und Sanierungsmaßnahmen von Erfolg begleitet sind.

Eine vom Betriebsrat einberufene Belegschaftsversammlung lehnte nach einem Bericht des Jahstellersvorsitzenden, Kollegen Wulf, den Unternehmervorschlag ab.

Der Unternehmer bezweifelte diese Willenserklärung seiner Belegschaft.

Ursache: Die örtliche KPD-Presse hatte einen Bericht gebracht mit der wahrheitswidrigen Behauptung, Betriebsrat und Jahstellersleitung hätten die Arbeiterschaft vom Streik zurückgehalten, und der Fabrikarbeitsrat habe kein Geld mehr, um einen Streik zu unterstützen.

Erfolg: Die linientreuen revolutionären KGO- und KPD-Helben liefern Herrn Marsmann die Bude ein mit dem Angebot, daß sie bereit seien, zu Löhnen der Ortslohnklasse IV zu arbeiten. Lächelnd zog Herr M. seinen Stilllegungsantrag zurück.

Schluß: Der KPD-Arbeitererrat wird auf die Gewerkschaften abgemalt. Die Hege gegen Fabrikarbeitsrat, Jahstellersleitung und Betriebsrat geht lustig weiter. Unsere Verbands-mitglieder haben aber für dieses Verhalten nur einen Ausdruck: Gefindel!

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Konferenz der Süddeutschen Zucker-AG.**

Am Sonntag, dem 16. Oktober 1932, fand in Heidelberg eine Konferenz für die Betriebe der Süddeutschen Zucker-AG statt. Tagesordnung: 1. Rechtliches über die Errichtung von Betriebskrankenkassen 2. Die Folgen falscher Steuer- und Wirtschaftspolitik für die Zuckerarbeiter. Kollege Schreiber (Ludwigshafen) führte den Vortrag.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Süddeutsche Zucker-AG versucht mit schönen Mitteln eine gemeinsame Betriebskrankenkasse für ihre Betriebe zu errichten. Bei diesem Vorgehen wurde immer ein Betrieb gegen den anderen angepielt, bis man die Zustimmung des Krankenkassenausschusses hatte. Zum Teil wurden weder die gesetzlichen noch die statistischen Vorschriften beachtet. Aber die rechtliche Seite dieses Vorgehens der Süddeutschen Zucker-AG referierte Arbeitersekretär Kollege Walker (Ludwigshafen). Seine Ausführungen zeigten, daß das Recht nicht auf Seiten des Unternehmens liegt. Die erforderlichen Gegenmaßnahmen werden bei diesem Punkt beprochen und sind eingeleitet.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Senkfeil (Hannover) eine sehr scharfe und wirtschaftliche Lage in der Zuckerindustrie.

Die Rohrzuckerindustrie hatte während des Krieges außerordentliches Abgabegeld erhalten, sie wollte es behalten. Die Rohrzuckerindustrie suchte ihr früheres Abgabegeld wiederzuerlangen. Eine starke Überfüllung des Weltmarktes mit Zucker war die Folge. Um den Weltmarkt vom Zucker zu entlasten, erfolgte eine internationalen Verständigung über die Zuckeransätze. Für Deutschland erhielten wir außerdem die Zuckerkontingentierung. Die Erzeugung wurde bereits im vorigen Jahre stark eingeschränkt, sie sollte dem Verbrauch angepasst werden. Diese starke Einschränkung erreichte ihr Ziel nicht, weil gleichzeitig die Zuckerpreise stark erhöht und die Kaufkraft durch Lebenserhöhungen stark abgebaut wurde. Die Folge dieser falschen Steuer-, Wirtschafts- und Lohnpolitik war ein starker Rückgang des Zuckerstandes. Daraus ergab sich, daß in der kommenden Kampagne wiederum eine starke Einschränkung der Zuckererzeugung erfolgte. Für die Arbeiter bedeutet das weniger Arbeitsmöglichkeiten. Wir müssen fordern, daß dieser falschen Steuer-, Wirtschafts- und Lohnpolitik ein Ende gemacht wird.

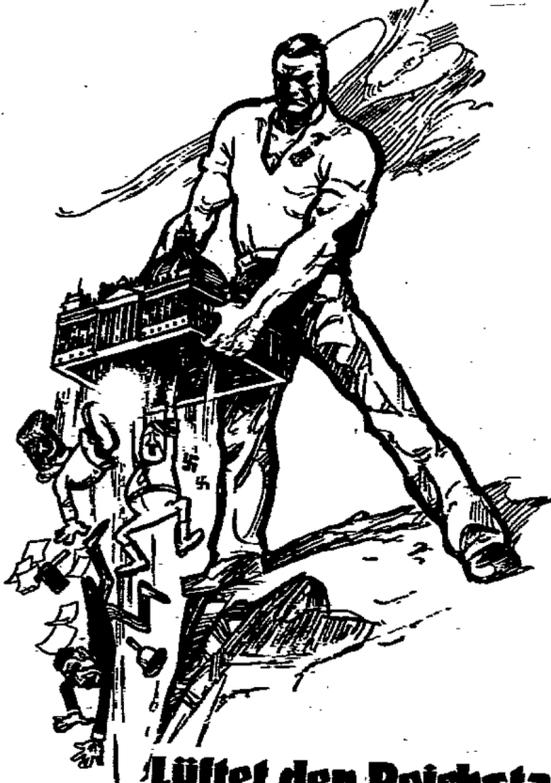
In der Lohnfrage haben wir im letzten Jahre verhältnismäßig günstig abgeschlossen. Die Arbeitgeber haben die Tarife nicht geändert. Hierbei dürfte in erster Linie ausschlaggebend gewesen sein, daß wir in der Zuckerindustrie über eine gute Organisation verfügen. Es gilt, alle Mittel aufzubieten, um diese Organisation noch fester zu fügen, damit wir uns auch in kommenden Wirtschaftskämpfen behaupten können. Mit dem Ruf: „Zuckerarbeiter, schließt die Reihen!“ schloß Kollege Schreiber die Konferenz. L. M.

**Verschiedene Industrien**

**Erhöhung der Fensterglaspreise?**

Infolge der anhaltenden schweren Wirtschaftskrise liegt der Baumarkt fast vollkommen danieder. Eine Belebung innerhalb des Winterhalbjahrs erscheint ausgeschlossen. Die Fensterglasindustrie ist zum beträchtlichen Teil abhängig von der Lage auf dem Baumarkt. Auch sie wird empfindlich getroffen, wenn der Baumarkt daniederliegt.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es beinahe unglaublich, daß das Verkaufssyndikat für Fensterglas an eine beträchtliche Preiserhöhung denken kann. Eine dahingehende Tendenz scheint im Syndikat vorhanden zu sein. Folgende Meldungen sollen einmal gegenübergestellt werden:



**Lüftet den Reichstag!**

„Bergwerks-Zeitung“ vom 20. Oktober 1932. 20prozentige Erhöhung der Tafelglaspreise. Wie der Verband Deutscher Tafelglashütten durch Rundschreiben mitteilt, sind die Fensterglaspreise mit Wirkung vom 1. Oktober vom Verband um 20 Prozent erhöht worden.

„Bergwerks-Zeitung“ vom 21. Oktober 1932. Keine Erhöhung der Tafelglaspreise. Frankfurt a. M., 20. Oktober. (Drahtbericht.) Der Verein Deutscher Tafelglashütten erklärt, daß Mitteilungen über ein angebliches Rundschreiben von ihm über Erhöhung der Fensterglaspreise mit Wirkung vom 1. Oktober um 20 Prozent unrichtig seien. Eine Erhöhung der Tafelglaspreise sei weder eingetretten noch beabsichtigt.

Die „Bergwerks-Zeitung“ ist das Blatt der Schwerindustriellen. Sie ist gewöhnlich über Vorgänge der erwähnten Art gut unterrichtet. Wenn sie in der ersten Meldung auf ein Rundschreiben des Vereins Deutscher Tafelglashütten verweist, soll das vollkommen aus den Fingern gegangen sein? Ist nicht irgend etwas in der Richtung vorgegangen? Vielleicht können wir dabei auf die Sprünge helfen.

In der Fensterglasindustrie ist ebenfalls eine Normung eingetreten. Bisher gab es je nach Qualität des Glases mindestens vier Sorten, und dazu kamen noch das sogenannte Garten- oder Gärtnerglas und der Anschlag. Nach der Normung gibt es nur noch zwei Sorten, und zwar das Bauglas I und II. Serie. Das Gärtnerglas bleibt wie bisher. Durch diese Qualitätszusammenlegung (Normung) kommt sicher eine Preiserhöhung heraus, nicht direkt, sondern indirekt. Ist da die Frage angesichts der Meldungen in der „Bergwerks-Zeitung“ nicht angebracht, ob ein Rundschreiben des Vereins Deutscher Tafelglashütten darauf Bezug nimmt? Irgend etwas muß doch vorgegangen sein.

Karl Müller.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

Großhain. „Handlanger“ der Reaktion. Wenn die Unternehmer auf der ganzen Linie bestrebt sind, mit Hilfe des ihnen gefälligen Staatsapparates den sozialen Kurs zu versetzen und die Rechte der Arbeiterschaft zu beschneiden, so kann man gewiß sein, daß sich auch Leute aus dem Arbeiterstande finden, denen jedes Klassenbewußtsein fehlt und die aus irgendwelchen Gründen bestrebt sind, dem Unternehmertum Hilfsdienste zu leisten. Ein Betrieb, in dem solche Hilfsdienste jederzeit gern angenommen werden, ist die Firma E. F. Waentig, Wachssteinfabrik, in Großhain. Schon seit Jahren glaubt der in diesem Betriebe tätige Vorarbeiter A. Saalbach sich zu besonderen Missionen berufen. Seine Tätigkeit begann er im Jahre 1919. Da erbedachte dieser Mann seine Talente. Da fühlte er sich zu großen Taten berufen. Da war auch er dahintergekommen, daß der bis dahin gezahlte Lohn bei der Firma Waentig eigentlich ein erbärmlicher Saalbach war sehr richtig. Nur schien uns, als ob er schon damals ein besonderes Ziel im Auge hatte. Dieses Ziel schien er nicht mitteilt zu haben. (Mit einem Jahre nachweisbarer Verbands-tätigkeit) Also kehrte er der Organisation der Rachen. Ingleich Wachsen konnte jedoch nicht so recht zur Entwicklung kommen, trotz eifriger Förderung durch die Firma. Am versuchte es Herr Saalbach wieder mal nach der anderen Seite. Am 23. Mai 1928 wählte er wieder der Organisation beizutreten. Als ein Weisheit

Gras über die Geschichte gewachsen war und die ersten Anzeichen sich bemerkbar machten, glaubte S. wieder aus der zwangsläufig gegebenen Reserve vortreten zu können und begann sein altes Spiel. Wieder wurde dem Verbands der Rücken zu-gekehrt und zugleich eine sogenannte Unterstützungskasse gegründet. Es war jedermann gestattet, dieser Unterstützungskasse beizutreten, auch den Mitgliedern des Verbandes. Beiträge wurden erhoben, und die Firma zahlte der Kasse gleichfalls einen bestimmten Betrag. Nachdem nunmehr die Mehrheit der Belegschaft dieser Kasse zwangsläufig beigetreten war, ließ man die Kasse fallen und erklärte öffentlich, daß nur diejenigen im Unterstützungsfalle auf Unterstüngen rechnen könnten, die den Nachweis erbrachten, nicht noch einem Verbands angehören. Dies sollte durch Unter-schrift bescheinigt werden. Also, erst scheut man sich nicht, Beiträge aus von solchen Mitgliedern zu erheben, und dann will man sie zwingen, auf erworbene Rechte zu verzichten. Das ist neben der Beschneidung der Rechte aus Artikel 159 der Reichsverfassung auch höchst sittenwidrig. Es muß doch innerlich faul um eine Sache stehen, die mit solchen Methoden arbeiten muß. Bleibt noch die Frage zu beantworten, warum die Firma solchem Bestreben so huldvoll gegenübersteht? Das zu ergründen, ist nicht schwer. Die Zeiten von 1914 locken. Damals wurde bei dieser Firma der niedrigste Lohn der ganzen Großenhainer Gegend gezahlt. Um dieses heute zu erreichen, braucht man natürlich eine unorganisierte Arbeiterschaft. Der kann man dann den Lohn willkürlich zahlen.

Kiel. 34. Stiftungsfest und Jubilärfest. In dem festlich geschmückten großen Saal des Gewerkschaftshauses feierte die Zahlstelle am Sonnabend, dem 22. Oktober, das 34jährige Bestehen, verbunden mit der Jubilärfest. In seiner Begrüßungs-anrede hieß Kollege Kunz (Kiel) die zahlreich erschienenen Festteilnehmer, insbesondere die Jubilare, herzlich willkommen. Kollege Behrens (Hamburg) überbrachte den Jubilaren die besten Glückwünsche des Gau- und des Hauptvorstandes, damit verbunden den Dank für die lange Treue und die Opferfreudigkeit der Jubilare, die sie dem Verband in den 25 Jahren gewidmet haben. An die Jugend richtete Kollege Behrens die Mahnung, das Werk, das die Jubilare unter den größten Opfern und Schwierigkeiten mit haben schaffen helfen, weiter auszubauen im Interesse aller Verbandsmitglieder und der gesamten freien Gewerkschaften. Kollege Wabel (Kiel) über-reichte folgenden Jubilaren, die mit ihren Ehefrauen an einer gemeinsamen Kaffeetafel Platz genommen hatten und 25 Jahre Verbandsmitglied sind, das vom Hauptvorstand gestiftete Diplom: Maria Jürgensen, Johannes Jürgensen, Johann Bender, Heinrich Wibel, Andreas Broderfen, Wilhelm Bruhn, Hermann Ehler, Otto Garnach, Wilhelm Garh, Peter Harnsen, Artur Herzog, Adolf Herzog, Emil Klaus, Leopold Lateit, Fritz Lepfen, Emil Neumann, August Ohlsen, Johann Peterfen, Ernst Rudolph, Johannes Schneider, Hans Vollerfen, Karl Willwood, Hinrich Witt, Fritz Wittfen, sämtlich in Kiel, und Christian Peterfen (Rendsburg). Kollege Broderfen dankte im Namen der Jubilare für die erwiesene Ehrung. Ein anschließender Ball hielt die Festteilnehmer in froher Stimmung bis 3 Uhr zusammen.

Lübeck. 105 Jubilare in der Zahlstelle Lübeck. Am 15. Oktober fand ein Familienabend für Rücknitz und Schlutup statt, am Sonntag, dem 16. Oktober, waren die Jubilare von Lübeck eingeladen und am 23. Oktober fand eine Ehrung in Bad Schwartau statt. In einem Handschreiben brachten Hauptvorstand, Bundesleitung und Gauvorstand die Glückwünsche zum Ausdruck. Kollege Gampig hielt eine der Feier angepasste Ansprache und überreichte jedem der Jubilare ein Ehren Diplom und die Verbands-geschichte. Einer unserer Jubilare ist bereits 90 Jahre und zwei sind 80 Jahre alt. In Rücknitz feierten Vater und Sohn zusammen die 25jähr. Verbandsmitgliedschaft, während die Ehefrau und Mutter schon 38 Jahre Mitglied ist. Besonders erfreut waren die Jubilare über die Mitteilung, daß sich die Mitgliederzahl und der Kassenbestand der Lokalkasse im Jahre 1932 trotz aller Krise nicht verschlechtert haben. Alle drei Veranstaltungen wurden geschlossen mit dem Wunsche, in Zukunft weiter wie bisher frei zusammen-zuhalten.

**Verbandsnachrichten.**

**Mitgliedsbuch verloren.**

Der Kollege Bernhard Schwensen, Mitglied der Zahlstelle Kiel, geb. am 7. Februar 1879 in Bisse, Kreis Bordsbøll, eingetretten am 21. Mai 1925 in Kiel, Buch Nr. S II 746 027, hat angeblich sein Mitgliedsbuch verloren. Sollte das Buch irgendwo vorgezeigt werden, so ist es an den Hauptvorstand einzufenden.

**Ausgeschlossen**

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a und 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Dörmold: Wilhelm Schröder, Mitgl.-Nr. 1198 641; Wiesenau: Alois Eismann, Mitgl.-Nr. 1083 756, Joseph Höfer, Mitgl.-Nr. 904 939; Söhr-Grenzhausen: Friedrich Hoffmann, Mitgl.-Nr. 1131 234; Zeiß: Hermann Bruner, Mitgl.-Nr. 1141 387; auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen Lädenburg: Willi Lulay, Mitgl.-Nr. 668 011; Hannover: Andreas Göhmann, Mitgl.-Nr. 737 704.

**Literarisches.**

„Der Große Brodhaus“. Der 13. Band des größten volkstümlichen deutschen Koch-Brochures wird planmäßig Mitte November erscheinen. In Zusammenhang mit dieser Meldung möchten wir auf die vor kurzem im Verlag F. A. Brodhaus erschienene vorzüglich ausgestattete Schrift „Die Wänschdeln des Lebens und die praktische Arbeit und Unterhaltung“ bringen. Sie enthält Originalrezepte und ist mit reichem Bildschmuck versehen. Sie wird in jeder gut geleiteten Buchhandlung an Interessenten kostenlos abgegeben.

Die Rauchereisenschaft und die Ärzte, ihre Folgen nach neuesten Erfahrungen und ihre Behandlung. Von Professor R. Kafemann, Königsberg (Preußen), Darabeslag 4. Die Broschüre ist eigentlich nur für Ärzte geschrieben. Trotzdem ist sie auch für den „rauchenden Polen“ von großem Nutzen. Der Verfasser zeigt die großen Gefahren des Rauchens für Herz, Nerven und Gehirn auf. Gefahren sind, daß Nikotin schlimmer wirkt als Alkohol. Die Broschüre sollte in jeder Familie gelesen werden.

Tabellen und Wissenswerte für jedermann. Von Arthur Wagner. Fünfte verbesserte Auflage, 112 Seiten, Taschenformat, Preis 1,50 Mk., Porto 15 Pf. Verlag: Gebr. Jänecke, Hannover. (Vollständiger Katalog 1932) Das vorliegende Buchlein unterrichtet über viele Teilgebiete der Wissenschaft, wie Arithmetik, Mathematik, Geometrie, Trigonometrie, Physik, Chemie, Statistik, Astronomie und Astrologie, Wetterkunde, ferner Fremdwörter usw. im deutschen Sprachgebrauch, Rechtsleben, Sitten- und Sittenslehre, Geschichte und vieles andere, als Zugang Sozialversicherung, Steuern, Post- und Eisenbahngesetze.

Die Niederlegung der Hauszinssteuer von Bankdirektor A. D. Rud. Köpfgen, Steuerfachverständlicher. Das Buchlein ist zum Preise von 2 RM. durch R. Köpfgen, Hauptverordnungsamt hat verschiedene Änderungen erfahren, insbesondere durch die Verordnung vom 29. August 1932, wonach ein Mieter in Folge ihrer „Hilfs-notwendigkeit“ die Hauszinssteuer niedergelassen werden soll. Aber auch jeder Niederlegung der Hauszinssteuer zu erlangen.

Verbrechen, nicht abstrahieren. Die Internationale kriminalliterarische Vereinigung verhandelte im September 1932 in Frankfurt a. M. über Schwereverbrechen, Verbrechen und Unrechtsverbrechen. Dr. web. beziehung über Probieren (Verdunstungsstudien) und über die Gefahren der Abstraktion. Kenntnis empfangen Schwereverbrechen und als Folge davon: „Worte“. Im Sinne dieser Ausführungen erläutert Prof. Otto in ihrem Buchlein: „Verbrechen, nicht abstrahieren“ diese Methoden und verbindet in anderer Zeit für die Arbeiterschaft in breiten Zusammenhängen dieser gerade hinzuweisen, daß die Schrift bisher in 175 000 Exemplaren verbreitet ist und jetzt neu bearbeitet und ergänzt in neuer Auflage, aber zum alten Preise von 80 Pf. im Verlag W. Franke & Co., Regensburg, herausgegeben wird.

Wir haben eine neue Welt. Im Dieb-Verlag, Berlin. Auf zwei neue 10-Pf. Broschüren erschienen. Die erste Broschüre von Eugen Proger heißt: „Die neue Welt“. Die zweite Broschüre heißt: „Die neue Welt“. Die dritte Broschüre heißt: „Die neue Welt“. Die vierte Broschüre heißt: „Die neue Welt“. Die fünfte Broschüre heißt: „Die neue Welt“.